Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Herausgeber und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 232 | — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend. | Halver Donnerstag, den 2. Oktober 1924 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Marinekontrollkommission wurde auf Beschluß der interalliierten Botschafterkonferenz aufgelöst.

* Zeppelin R. 3 soll seine Amerikafahrt voraussichtlich am nächsten Montag antreten.

* Der französische Kabinettsrat hat die Unterzeichnung des Genfer Schiedsgerichtsprotokolls durch Frankreich beschlossen.

* In der Streitfrage mit Japan über die Zuständigkeit des Völkerbundes ist in Genf eine Einigung erzielt worden.

* Die Auslieferung des Erzbergermörders Schulz wird vom Budapester Strafgerichtshof abgelehnt.

* Im chinesischen Bürgerkrieg ist eine große Schlacht vor den Toren Schanghais entbrannt.

Deutschnationale und Regierung.

Über die zum 30. September nach Berlin einberufene Parteivertretersitzung der Deutschnationalen Volkspartei wurde uns von besonderer Seite bei Beginn der Verhandlungen geschrieben:

Die Parteivertretersitzung der Deutschnationalen bedeutet einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Partei.

Gerade weil sie sich mit ihrer Abstimmung am 29. August vor die Frage stellte, ob sie durch Ablehnung oder durch Annahme des Dawes-Gutachtens ihren Zielen näherkommen würde, also in einen Streit um die Methode gelangen mußte, sah sie sich einer auf alle Fälle neuen Methode gegenüber. Zwar entspann sich in den ersten Tagen und Wochen ein heftiger innerer Kampf, aber allmählich kam man doch zu der Einsicht, daß Leichenreden gar nichts fruchten, daß man nicht über das Vergangene, sondern nur ndch über die Zukunft sprechen dürfe. Wenn diese Einsicht ganz durchgedrungen ist, ist sie aktionsbereit und — kontraktfähig.

Selbstverständlich müssen die Folgerungen aus einer solchen Tatsache gezogen werden, können es aber erst, wenn die Tatsache da ist; und so hing alles von dem Beschluß der Parteivertretung ab, ob sie rückwärts oder nur vorwärts schauen wollte.

Darum ist zurzeit auch auf der andern Seite Abwarten geboten. Über das, was kommen soll, liegen ja die eindeutigen Beschlüsse der Deutschen Volkspartei vor, die erklärt haben, daß sie die Bedingungen für die Heranziehung der Deutschnationalen Volkspartei in die Regierung als erfüllt betrachten, die vor der Abstimmung über die Dawes-Gesetze gestellt wurden. Und die Volksparteiler haben das auch dem Reichskanzler unterbreitet mit dem Wunsch, nun an eine Regierungsumbildung heranzugehen, die den Wünschen der Deutschnationalen nach Berücksichtigung ihrer Stärke Rechnung zu tragen haben soll.

Der Reichskanzler hat darauf erklärt, daß auch er diesen Wunsch habe und derartige Verhandlungen einleiten werde, besonders da sich ja der Außenminister Dr. Stresemann ganz besonders zum Träger des Wunsches gemacht hat, die Regierungsbasis nach rechts zu erweitern. Aber auch Dr. Marx hat sich vorläufig zurückgehalten, weil er, wie die andern, erst das Ergebnis der Parteivertretersitzung abwarten wollte.

Und weil naturgemäß die Widerstände im Zentrum und bei der Demokratie sehr erhebliche sind. Vielleicht weniger beim Zentrum, wo behauptet wird, daß die Mehrzahl sich dem Wunsch Dr. Marx' anschließen wird, mit den Deutschnationalen besonders deswegen zu einer Einigung zu gelangen, weil man doch mit ihnen auf dem Gebiete der christlichen Weltanschauung und der Kulturpolitik Hand in Hand marschieren kann. Und weil das Zentrum gerade wieder durch das Verhältnis mit der Sozialdemokratie stark innerlich wie äußerlich geschädigt wurde.

Bei den Demokraten sind die Ansichten geteilt. Eine Anzahl ist gar nicht dafür, das Kabinett durch die eine Tür zu verlassen, wenn die Deutschnationalen durch die andere Tür eintreten. Dazu ist das wirtschaftliche Zusammenarbeiten zahlreicher Industrieller beider Parteien, wie beispielsweise bei der Rentenbank und jetzt bei der neuen Deutschen Eisenbahngesellschaft, schon viel zu eng geworden. Die „Nur-Politiker" denken freilich anders.

Es ist also alles noch in der Schwebe, hängt alles von der deutschnationalen Parteivertretung ab. Die Umstellung auf das Morgen wird dann aber sehr bald Verhandlungen herbeiführen müssen, da man natürlich den dringenden Wunsch hat, und zwar allseitig, bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages schon deswegen zur innen- und außenpolitischen Klarheit zu gelangen, weil der Reichstag sofort vor wichtigste, namentlich außenpolitische Entscheidungen gestellt wird. Erinnert sei nur an die Frage des Eintritts in den Völkerbund und die Notifizierung der Protestnote gegen die deutsche Kriegsschuld, eine Notifizierung, die bei einer ablehnenden Haltung der Mächte in Genf dann im Reichstag kaum noch auf Widerspruch stoßen wird.

*

Zu Verhandlungen bereit.

Die vor Eröffnung der Parteivertretersitzung abgehaltene Sitzung der Reichstagsfraktion faßte einen Beschluß, der dahin geht, daß sich die Deutschnationale Volkspartei Verhandlungen über die Regierungsbildung nicht versagen wird, wenn die Regierung in dieser Frage an die Partei herantritt. Zur Führung solcher Verhandlungen sind bestimmt die Abgeordneten Hergt, Graf Westarp, Schiele und Behrens. Man nahm an, daß die Vertretersitzung diesem Beschluß beitreten wird.

*

Berlin, 30. September.

Zum Vertretertag waren Delegierte aus allen Teilen des Reiches erschienen. Die Vertreter waren vom Landesverbandsvorstand ernannt. Ferner war der Parteivorstand vertreten, weiter sämtliche deutschnationalen Reichstagsabgeordneten und Minister der Länder, die deutschnationalen Mitglieder des Reichsrates, des Reichswirtschaftsrates und des preußischen Staatsrates. Ferner die Vorsitzenden der deutschnationalen Fraktionen der bundesstaatlichen Parlamente und die Landesverbandsvorsitzenden. Die Zahl der Anwesenden bezifferte sich auf etwa 500, darunter etwa 250 Stimmberechtigte, die sich aus Vorstand und Delegierten zusammensetzten. Den Vorsitz führte der Parteivorsitzende Hergt, der die Verhandlungen mit einer längeren Darlegung der Lage eröffnete. Die Verhandlungen waren streng vertraulich, auch die Vertreter der Parteipresse waren nicht zugelassen.

Keine Marinekontrolle mehr.

Marinekontrollkommission aufgelöst.

Berlin, 30. September.

Da alle Abrüstungsfragen, soweit sie sich auf die deutsche Marine allein beziehen, erledigt sind, wird die interalliierte Marinekontrollkommission, laut Beschluß der Botschafterkonferenz, mit dem heutigen Tage aufgelöst.

Für das deutsche Landheer bleibt die Kontrolle bekanntlich weiterbestehen und soll auch nach dem Beschluß des Völkerbundsrates in Genf in Zukunft aufrechterhalten bleiben.

Wie amtlich mitgeteilt wird, sind in der vergangenen Woche von der interalliierten Militärkontrollkommission das Reichswehrministerium, die Stäbe der Wehrkreiskommandos 1, 2 und 3, der 3. Kavalleriedivision, einige Truppenteile in Schweidnitz, Stettin und Swinemünde, ferner Befestigungswerke in Geestemünde und Cuxhaven, verschiedene Verpflegungs-, Bekleidungs- und Zeugämter und die Polizei einiger Regierungen sowie Fabriken besucht worden. Die Prüfungen sind reibungslos verlaufen.

*

Die Behandlung der deutschen Denkschrift

Übergabe an den Völkerbund.

Das deutsche Memorandum über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist dem Generalsekretär des Völkerbundes zur Kenntnisnahme übersandt worden. Nach Mitteilungen aus London wird erwartet, daß die britische Antwort auf das deutsche Memorandum nicht sofort erteilt wird, da es aller Wahrscheinlichkeit nach für notwendig erachtet werden wird, mit den übrigen Empfängern der Note Rat zu pflegen.

Aus Brüssel wird gemeldet, Premierminister Theunis habe dem deutschen Gesandten bei der Überreichung des Memorandums die Hoffnung ausgedrückt, die deutsche Regierung werde nicht von neuem die Kriegsschuldfrage aufwerfen. Ein solcher Schritt würde äußerst bedauerlich sein. Allgemein könne gesagt werden, daß die Haltung der belgischen Regierung mit derjenigen der französischen Hand in Hand gehe. Die „Times" schreiben, die augenblickliche deutsche Regierung beabsichtige, wie klar ersichtlich sei, die im Völkerbund vorgesehene Gelegenheit für eine neue und friedliche Zusammenarbeit mit den zivilisierten Mächten auszunutzen. Das Blatt erklärt zum Schluß, es sei gar nicht schlecht, daß die deutschen Anfragen zu einer Überlegungspause führten; denn obgleich es in jeder Hinsicht wünschenswert sei, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes werde mit vollen Rechten und Verantwortlichkeiten, so müßten doch die großen Veränderungen, die sein Eintritt in die europäische Politik bewirken würde, im voraus sorgfältig erwogen werden.

Frankreichs Unterschrift.

Der französische Kabinettsrat hat die französische Abordnung in Genf telegraphisch angewiesen, das Protokoll betr. Schiedsgericht und Sicherheiten zu unterzeichnen. Auf Vorschlag Herriots wurde ferner ein Glückwunschtelegramm an die Delegation abgesandt.

Nach dem „Matin" hat der Kabinettsrat dem französischen Delegierten beim Völkerbund den Auftrag erteilt, bei der Unterzeichnung des Friedensprotokolls, das jetzt ausgearbeitet wird, einen gewissen Vorbehalt zu machen. Die französische Delegation solle verlangen, daß alle Dokumente für die allgemeine Konferenz Mitte März fertiggestellt seien, damit die Haltung Frankreichs auf der Konferenz rechtzeitig vorbereitet werden könne.

Einigung mit Japan in Genf.

Die Delegierten von Frankreich, Italien und England, die an einer Kompromißformel über den japanischen Antrag zum Schiedsgerichtsprotokoll, der sich gegen das amerikanische Einwanderungsverbot für Japaner richtete, arbeiteten, sind zu folgendem Beschluß gekommen: Um Japan in seinen berechtigten Forderungen Genugtuung zu geben, wird bestimmt, daß, wenn die einstimmige Entscheidung des Rats oder des ständigen Gerichtshofes erklärt, daß die Angelegenheit zur ausschließlichen Zuständigkeit des einen der beiden in Konflikt befindlichen Staaten gehört, der andere interessierte Staat ebenfalls das Recht haben soll, an den Rat zu appellieren, und zwar nicht um eine neue Entscheidung zu treffen, sondern um eine Intervention des Rates zu verlangen, damit zwischen den beiden Staaten eine friedliche Vereinbarung über den Konflikt getroffen werden kann. Es soll also kein Staat zum Angreifer erklärt werden können, außer für den Fall, daß er es unterlassen hat, nach der Entscheidung noch den Appell an den Rat um seine Vermittlung zu unternehmen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Reparationszahlungen überschritten.

Die für Monat September nach dem Londoner Abkommen zu leistenden Reparationszahlungen in Höhe von 83 Millionen Goldmark sind, wie man erfährt, nicht nur pünktlich geleistet, sondern überschritten worden, so daß ein beträchtlicher Überschuß erzielt worden ist. Die Totalsumme von 83 Millionen Goldmark setzt sich aus den beiden Barzahlungen der deutschen Regierung von zusammen 40 Millionen Goldmark, den Einnahmen aus dem Recoverykt und von der Regie sowie den deutschen Zahlungen an die Besatzungsmächte zusammen. Nach Mitteilung des stellvertretenden Generalagenten für Reparationszahlungen ist der am 1. Oktober fällige Reparationsbetrag von 14 Millionen Goldmark bereitgestellt.

Siedelungsbauten für kinderreiche Familien.

Siedelungsbauten für kinderreiche Familien sollen, wie in einem neuen Erlaß des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt ausgeführt wird, die besondere Förderung der öffentlichen Stellen erhalten. Anträge auf Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken von Baulustigen mit kinderreicher Familie sollen bevorzugt berücksichtigt werden. Die Gemeinden sollen zur Förderung solcher Siedelungsunternehmen das weitestgehende Entgegenkommen zeigen. Für letzteren Zweck sollen insbesondere die verfügbaren Mittel der kommunalen Sparkassen in Anspruch genommen werden.

Bund Oberland in Preußen verboten.

Nach einer amtlichen Mitteilung wird durch eine Verfügung des Ministers des Innern auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik der „Bund Oberland e. V." mit allen seinen Landesleitungen und sonstigen Organisationen für das preußische Staatsgebiet aufgelöst und verboten. Das Vermögen der aufgelösten Vereinigung wird zugunsten des Reiches beschlagnahmt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Reichskanzler Marx und Reichsminister des Innern Dr. Jarres sandten der Hauptstelle der Technischen Nothilfe zum fünfjährigen Bestehen ihre Glückwünsche.

Berlin. Zu Ehren des in den nächsten Tagen in die Heimat zurückkehrenden Präsidenten von Mexiko General Calles fand beim Reichspräsidenten ein Frühstück statt, an dem der Reichskanzler und der Reichsaußenminister teilnahmen.

München. Der Ministerrat hat nach Rücksprache mit den Koalitionsparteien die Ausweisung Hitlers aus Bayern für den Fall beschlossen, daß der Landesgerichtshof dem Einspruch der Staatsanwaltschaft gegen die Freilassung Hitlers nicht stattgeben sollte.

Altona. Wie das Polizeipräsidium mitteilt, sind durch die nächtliche Schießerei vom letzten Freitag zwei Mitglieder des Stahlhelmbundes so belastet, daß sie wegen dringenden Verdachts, einen Beamten getötet und mehrere Personen verwundet zu haben, ins Gerichtsgefängnis gebracht wurden.

Köln. Am 9. Oktober wird in Köln eine internationale Kommunisten-Konferenz stattfinden, an der außer deutschen Vertretern Abordnungen der Kommunistischen Partei aus England, Frankreich und der Tschechoslowakei teilnehmen werden.

Köln. Dem Kölner Stadtverordneten Volksschullehrer Knab ist auf Grund der oberschlesischen Reichstagswahlen der Sitz für Oberschlesien auf der Reichsliste übertragen worden. Reichstagsabgeordneter Knab ist seit dem 4. Mai Stadtverordneter und war Vorsitzender und Hauptwortführer der kommunistischen Fraktion.

Bochum. Eine Reihe der Teilnehmer des Bochumer Maiputsches vom vorigen Jahre, die von dem Sondergericht in Bochum zu längeren Zuchthausstrafen verurteilt worden war, darunter einer, der zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, ist nunmehr begnadigt worden.

Stockholm. Das offizielle Ergebnis der schwedischen Wahlen zeigt keine großen Verschiebungen. Die Sozialdemokraten sind die einzigen, die eine Stimmenvergrößerung zu verzeichnen haben.

Nationalsozialistischer Preußentag zur Aufwertung.

Berlin, 30. September.

Die Sitzung des Landesverbandes Preußen der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, an der sämtliche Vertreter aus dem Gau Preußen teilnahmen und zu der u. a. die Abgeordneten von Graefe, Wulle und Professor Vahlen (Stettin) erschienen waren, beschäftigte sich mit Organisations-, Presse- und Finanzfragen, insbesondere auch mit den Erfahrungen aus dem Wahlkampf in Oberschlesien.

Abgeordneter Feder sprach über Aufwertungsfragen. Seinen Ausführungen lag ein Antrag der Partei im Aufwertungsausschuß zugrunde, der u. a. die sofortige Aufhebung der dritten Steuernotverordnung mit rückwirkender Kraft verlangt und die Schuldverhältnisse zwischen Staat oder öffentlichen Körperschaften und Privaten und Privatpersonen untereinander grundsätzlich nach Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuches über Treu und Glauben anerkannt wissen will. Der Antrag verlangt ferner, daß zugunsten des Staates eine stark gestaffelte Steuer auf den durch die Neuregelung wiederhergestellten Kapitalbesitz gelegt wird, und betont, daß grundsätzlich von dieser Neuregelung alle juristischen Personen auszuschließen sind, die zu spekulativen Zwecken Kriegsanleihe, öffentliche Anleihen, Hypothekenforderungen usw. erworben haben.

Ungarn liefert Schulz nicht aus.

Ein politisches Verbrechen.

Der Auslieferungssenat des Budapester Strafgerichtshofes hat in der Frage der Auslieferung des Erzberger-Mörders Heinrich Schulz seine Entscheidung gefällt. Der Senat hat sich gemäß dem Antrage des Staatsanwalts gegen die Auslieferung des Schulz ausgesprochen mit der Begründung, daß zwischen Deutschland und Ungarn kein Auslieferungsvertrag bestehe und es sich zweifellos um ein politisches Verbrechen handelt. Der Beschluß des Auslieferungssenats wird erst rechtskräftig, wenn ihm auch der Justizminister seine Zustimmung erteilt hat. Da aber der Staatsanwalt auf Weisung des Justizministers gegen die Auslieferung des Schulz Stellung genommen hat, kann kaum mehr daran gezweifelt werden, daß auch der Justizminister in seiner endgültigen Entscheidung die Auslieferung ablehnen wird.

Die Schlacht bei Schanghai.

Mit allen modernen Waffen.

Der chinesische Krieg der Militärgouverneure untereinander hat sich zu einer allgemeinen Offensive gegen Schanghai entwickelt. Bei Schanghai tobt eine große Schlacht, die Stadt ist teilweise besetzt und steht an verschiedenen Stellen in Flammen. Mandschurische Flugzeuge haben im Laufe der letzten Tage Schanghaikwan mit Bomben beworfen. Alle modernen Waffen sind in Benutzung. Hunderte von Flugzeugen kreisen über dem Kampfgelände. Zahlreiche Verwundete sind in Schanghai eingetroffen. Von beiden kämpfenden Parteien werden Erfolge gemeldet.

Wieder mehr Postbeamte.

Ungefähr 8000 neue Stellen.

Unter Zustimmung des Reichsfinanzministeriums hat das Reichspostministerium einen Nachtragsetat zum 1. Oktober dem Verwaltungsrat der Reichspost vorgelegt, der eine Vermehrung von 7973 planmäßigen Beamtenstellen und eine Höherstufung für weitere 6472 Postbeamte bringt. Die hierdurch entstehenden persönlichen Mehrkosten sind auf 500 000 Mark veranschlagt. Aus dem Etat ist zu entnehmen, daß die Zahl der planmäßigen Beamtenstellen, die am 1. April 1924 genau 197 919 betrug, jetzt 204 352 betragen wird; die Zahl der außerplanmäßigen Beamten ist von 60 804 auf 51 501 vermindert.

Wie Camillo Castiglioni „wurde".

Beiträge zur Naturgeschichte des neuen Reichen.

s. Wien, Ende September.

Wenn jemals die Naturgeschichte des „neuen Reichen" geschrieben werden sollte, wird man unbedingt den Namen des Mannes, um deswillen jetzt ganz Österreich in Trubel ist, als Paradigma, als Musterbeispiel eines „Gewordenen", hineinsetzen müssen. Camillo Castiglioni ist einer jener Raffkes in Reinkultur, die der Krieg und die Nachkriegszeit fast allenthalben in Europa aus den Untergründen des Lebens an die Oberfläche gezaubert hat. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß er weit mehr bedeutete als seine Mitraffkes, daß er eine Macht war, mit der nicht bloß der kleine österreichische Staat zu rechnen hatte. Wenn man heute in Österreich bei dem Gedanken, daß von dem, was in diesen Tagen über diesen Mann gesagt und gesungen wird, auch nur ein Teilchen wahr sein könnte, zagt und zittert, so hat man wahrlich allen Grund dazu, denn „in seinem Lager war Österreich". Wenn er wirklich zusammenbräche, geriete das gesamte mühsam konsolidierte Wirtschaftsleben des Landes in ein Wackeln und Pendeln, von dem es nur schwer wieder auf einen Ruhepunkt gelangen dürfte.

Kaum 30 Jahre alt war Camillo Castiglioni, als er schon für so reich galt, daß man in Wien, im Anklang an die Worte Millionen und Milliarden, scherzhaft von „Castigliarden" sprach, wenn man ein Riesenvermögen kennzeichnen wollte. Noch kurz vorher hatte er auch nicht einen roten Heller besessen. Seine Wiege stand in Triest, wo sein Vater Kultusbeamter war. Orientreisender — das war seine erste Etappe zum Gipfel märchenhaften Reichtums. Aber er reiste nicht etwa als Orientforscher, sondern als simpler Geschäftsreisender mit irgendwelchen Waren. Als der Krieg ausbrach, war der geschäftstüchtige Camillo bereits Direktor einer großen Fabrik, die Autoreifen ver-

Steuerkalender für Oktober 1924.

Von Hugo Meyerheim, M. d. O.

6. Oktober: Ablieferung der für die Zeit vom 21. bis 30. September 1924 einbehaltenen Steuerabzüge der Lohn- und Gehaltszahlungen, sofern Ablieferungsverpflichtung vorliegt und sobald dieser 12 Mark erreicht, alle übrigen Arbeitgeber haben in Höhe dieser Abzüge Steuermarken zu kleben und zu entwerten.

7. Oktober: Letzter Termin für die Zahlung des ersten Teilbetrages der erhöhten Obligationssteuer, die mit Beginn des Monats fällig wurde. — Letzter Termin für die Zahlung der Rentenbankzinsen für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1924.

10. Oktober: 1. Fälligkeit der allgemeinen Umsatzsteuer, Luxussteuer, Anzeigensteuer, Beherbergungssteuer, Verwahrungssteuer und Tattersallsteuer nebst Einreichung der Voranmeldung pro Monat September 1924 (Monatszahler) und pro 3. Quartal 1924 (Quartalszahler). Schonzeit 7 Tage. 2. Voranmeldung und Vorauszahlung auf die Einkommen- bzw. Körperschaftssteuer (Schonzeit 7 Tage) aller Steuerpflichtigen mit Ausnahme des Teiles des Einkommens, welcher auf Land- und Forstwirtschaft entfällt. 3. Einreichung der Lohnzettel durch den Arbeitgeber gemäß § 40 des Einkommensteuergesetzes, die im Finanzamt erhältlich sind, für jeden Arbeitnehmer, dessen Brutto-Arbeitslohn in dem 3. Kalendervierteljahre 2200 Mark überstiegen hat. 4. Besteuerung einmaliger Einnahmen bei Gehaltsempfängern. Auf Grund von Generalversammlungs- und ähnlichen im Jahre 1924 gefaßten Beschlüssen ausgezahlte Tantiemen und Gratifikationen unterliegen den Vorauszahlungen und müssen spätestens jetzt geleistet werden. 5. Fälligkeit der Kirchensteuer der evangelischen und katholischen Gemeinden (Schonzeit 7 Tage). 6. In Preußen: Fälligkeit der Gewerbeertragssteuer-Voranmeldung und -Vorauszahlung aller Monats- und Quartalszahler (Schonzeit 7 Tage).

15. Oktober: 1. Ablieferung der für die Zeit vom 1. bis 10. Oktober 1924 einbehaltenen Steuerabzüge der Lohn- und Gehaltszahlungen, sofern Ablieferungsverpflichtung vorliegt und sobald dieser 12 Mark erreicht, alle übrigen Arbeitgeber haben in Höhe dieser Abzüge Steuermarken zu kleben und zu entwerten. 2. In Preußen: Fälligkeit der Grundvermögens- und Hauszinssteuer pro Oktober 1924.

25. Oktober: Ablieferung der für die Zeit vom 11. bis 20. Oktober 1924 einbehaltenen Steuerabzüge der Lohn- und Gehaltszahlungen, sofern Ablieferungsverpflichtung vorliegt und sobald dieser 12 Mark erreicht, alle übrigen Arbeitgeber haben in Höhe dieser Abzüge Steuermarken zu kleben und zu entwerten.

---

nente, und nun kamen die Kriegsgewinne in solcher Fülle, daß dem jungen Mann die Kronen über den Kopf wuchsen. Nein, nicht die Kronen, denn seine Schätze waren nach guten, echten Schweizer Franken zu bewerten, und es kam der Tag, an dem er in dieser hochachtbaren Valuta als vielhundertfacher Millionär galt. Über Heereslieferungen — man kennt das ja — führte der Weg, und Camillo Castiglioni hatte überall, wo es etwas viel zu verdienen gab, seine glückliche Hand im Spiele. In großen Wiener Banken, der Depositenbank und der Unionbank, faßte er festen Fuß, und während halb Österreich unter den Folgen der Inflation zu verenden schien, sammelten er, sein geschickter Gegenspieler Siegmund Bosel und noch eine Handvoll anderer Größen vom Tage so ungeheure Vermögen, daß sie den ganzen Staat in der Tasche hatten. Camillo Castiglioni kam dabei noch zugute, daß er mit seiner Vaterstadt Triest von Italien annektiert worden war, so daß er als „Ausländer" Geschäfte machen konnte, die jedem österreichischen Staatsbürger den Devisenkommissar und den Staatsanwalt auf den Hals gehetzt hätten. Immer größeren Umfang nahmen diese Geschäfte an: italienische Banken waren daran beteiligt, Stinnes machte mit, und französische Schwerindustrielle, vor allem Frankreichs Krupp, Herr Schneider-Creuzot, bekamen auch etwas zu verdienen.

Daß Castiglioni von seinen Reichtümern einen großzügigen Gebrauch gemacht hätte, kann man nicht behaupten. Er war ein Mann mit zugeknöpften Taschen und verhielt sich bei Hilfs- und Sanierungsaktionen äußerst reserviert. Für seine eigene Person allerdings war ihm nichts zu teuer: er kaufte sich ein Schloß, fuhr im Salonwagen des letzten habsburgischen Kaisers spazieren, erwarb eine italienische Gemäldegalerie, deren Wert auf 50 Millionen Goldmark geschätzt wird, schluckte nach berühmtem Muster ein halb Dutzend Wiener Zeitungen und krönte sein Werk, indem er eine der bekanntesten und vorzüglichsten Schauspielerinnen Wiens als Gattin heimführte. Warum auch nicht? Er hatte es ja dazu!

Wir können darauf verzichten, alles das, was jetzt über seinen Zusammenbruch erzählt wird, wortgetreu wiederzugeben. Noch ist alles in Fluß und eine Nachricht widerspricht der andern. Eine italienische Bank soll ihn sanieren und ihm persönlich immer noch ein Jahreseinkommen von 160 000 Goldmark lassen wollen. Damit könnte unsereiner ziemlich anständig leben. Castiglioni aber läßt erklären, daß er gar nicht saniert zu werden brauche, daß er vor dem Abschluß großer internationaler Geschäfte, die ganz Österreich Heil und Segen bringen würden, stehe, und daß das Kesseltreiben, das jetzt gegen ihn begonnen habe, von der „Konkurrenz", soll heißen von der Bosel-Gruppe, ausgehe. Inzwischen ist im Nationalrat von den Sozialdemokraten eine dringende Anfrage in Sachen Castiglioni eingebracht worden, und die italienische Regierung scheint sich auch einmischen zu wollen, wie es scheint, zugunsten dieses Neu-Italieners, der dem Herzen Mussolinis besonders nahe steht. Wie es aber auch sein mag: sicher ist, daß der ganze Castiglioniturm wankt und kracht und daß Österreichs Goldonkel an seinem Vermögen so große Einbußen erlitten hat, daß es mit Bezug auf ihn eines Tages vielleicht doch heißen dürfte: **Wie gewonnen, so zerronnen!**

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 2. Oktober 1924

☐ **Was der Oktober bringt.** Die Ermäßigung der Warenumsatzsteuer auf 2 % trat mit dem 1. Oktober in Kraft; sie besitzt aber nicht rückwirkende Kraft, sondern kommt erst bei den im November fälligen Vorauszahlungen zur Geltung. — Zu Steuerzwecken findet am 10. Oktober eine Personenstandsaufnahme (einschließlich der Gewerbebetriebe) statt. — Die Einlösungsfrist des wertbeständigen, auf Goldmark und Dollar lautenden Notgeldes der deutschen Reichsbahn läuft am 15. Oktober ab. — Der Winterfahrplan der Eisenbahnen tritt am 5. Oktober in Kraft. Mit Wirkung vom 1. Oktober sind die Gepäck- und Expreßgutsätze um 10 % ermäßigt worden.

☐ **Teure Waffenscheine.** Gibt es noch etwas, was nicht teuer geworden wäre? Auch die persönliche Sicherheit und der Schutz des Lebens wird bald ein Luxus sein, den sich kein Minderbemittelter mehr leisten kann. Für einen Waffenschein werden jetzt 20 Mark Gebühren verlangt! Unter normalen Zuständen müßten die Sicherheitsverhältnisse so vollkommen sein, daß kein Mensch nötig hätte, eine Waffe bei sich zu tragen. Das kann man von der Polizei nicht erwarten und verlangen, daß sie dieses Ideal verwirklicht. Aber dann sollte sie es für richtig halten, die Ausfertigung von Waffenscheinen nicht zu verteuern, sondern zu verbilligen. Den Schaden haben von solcher Höhe der Gebühren nur die friedliebenden Leute. Einbrecher, Rohlinge und ähnlich angenehme Mitmenschen brauchen über die 20 Mark nicht zu klagen, denn sie lassen sich nicht erst Waffenscheine ausfertigen. In diesen Kreisen wird wegen der 20 Mark die Zahl der Waffen sich nicht um eine einzige vermindern, aber die von ihnen Bedrohten müssen darunter leiden, wenigstens soweit sie nicht mit Glücksgütern gesegnet sind.

—* **Zur Ermäßigung der Umsatzsteuer.** Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Durch die Verordnung des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendige Steuermilderungen vom 14. September 1924 ist der Satz der allgemeinen Umsatzsteuer für die Umsätze vom 1. Oktober 1924 an von zweieinhalb vom Hundert auf zwei vom Hundert ermäßigt worden. Darüber, ob ein Umsatz vor oder nach dem 1. Oktober liegt, entscheidet nach den Durchführungsbestimmungen bei der Versteuerung nach den vereinnahmten Entgelten (Isteinnahme) der Zeitpunkt der Vereinnahmung, bei der Versteuerung nach den Leistungen und Lieferungen (Solleinnahme) der Zeitpunkt der bewirkten Leistungen. Die Steuerpflichtigen, die zu monatlichen Umsatzsteuervorauszahlungen verpflichtet sind, haben daher erstmals im November 1924 für die Umsätze im Oktober, die Steuerpflichtigen, die zu vierteljährigen Umsatzsteuervorauszahlungen verpflichtet sind, erstmals im Januar 1925 für die Umsätze von Oktober bis Dezember 1924 die Um-

---

Aus eigener Kraft.

Roman von H. Abt.

47) (Nachdruck verboten.)

„Ja kann's dir nicht ersparen, Onkel Jobst, denn wahr und wahrhaftig, ich finde mich da allein nicht heraus, und weil es eine Sache ist, bei der es sich möglicherweise um Leben oder Sterben handelt —"

„Leben oder Sterben — was dich betrifft?" fragte Jobst Müllenhof in dem gleichen kalten Tone.

„Nicht direkt was mich betrifft — aber es ist eine ganz verteufelte Geschichte."

„Gib her."

Mit kurzem Ruck und finsterem Gesicht hatte der Onkel plötzlich aus des Neffen Hand den Brief genommen, trat ans Fenster und begann langsam zu lesen, vom ersten bis zum letzten Wort, mit unveränderter Miene. Dann legte er den Brief aus der Hand, ging zum Schreibtisch, schloß ein Fach auf, nahm sein Scheckbuch heraus und begann vorsichtig eines der Formulare an der Perforierung loszutrennen; dabei sagte er: „Ich wollte morgen auf die Bank, um die Hunderttausend auf dein Konto schreiben zu lassen. Aber ich kann dir ja ebenso gut einen Scheck ausstellen, den die Bank honoriert."

Es dauerte ein paar Sekunden, bis der Neffe richtig begriffen hatte, was der Onkel meinte, und in heftiger Verneinung schüttelte er den Kopf. — Du denkst, ich wollte die Zwölftausend — aber fällt mir ja gar nicht ein!"

„So — das fällt dir gar nicht ein. Nun, dann begreif' ich nicht, zu welchem andern Zweck du sonst zu mir gekommen bist."

„Raten sollst du mir, Onkel Jobst, raten! Denn ich hab' mich doch geradezu scheußlich in die Nesseln gesetzt."

Der Onkel zuckte kühl die Achseln. „Ich kann das so arg nicht finden. Wer hoch hinaufstrebt, muß sichs gegebenen Falls auch was kosten lassen."

Rudolf Müllenhof hörte kaum, was der Onkel sagte. Sein Blick war auf die Stutzuhr auf dem Schreibtisch haften geblieben, und er rief: „In fünf Minuten sieben! Herr Gott, Onkel, laß doch nur mit dir reden, und sag mir, was ich machen soll. Ich kann doch den Brief nicht einfach ignorieren und kann's doch auch nicht auf die lange Bank schieben, weil sonst" —

„Sich irgendein leichtsinniger Leutnant um die Ecke knallt — denn darauf wird die Sache ja wohl hinauslaufen", vollendete Jobst Müllenhof, und der Neffe nickte dazu. —

„Ja auf die Art hab' ich mir's auch schon ausgelegt." Dann fuhr er wieder auf: „Aber das ist doch ganz egal, wie oder warum — tun muß ich was!"

Wieder zuckte der Onkel die Schultern.

„Wenn's dir nicht einfällt, für deinen zukünftigen Schwager die zwölftausend Mark zu bezahlen, so mein' ich, ist's ganz egal, was du sonst tust."

„Schwager!" Der schöne Rudi lachte zornig auf. „Ich hab' ein Haar in der Verwandtschaft gefunden, und so zum unverblümten Handelsgeschäft möcht' ich mir meinen zukünftigen Ehestand denn doch nicht machen."

„Bist du in der Beziehung so heikel?" sagte beißend Jobst Müllenhof. Dann war also die Kußgeschichte, um die du gestern meinen Rat haben wolltest, die reine, pure Liebe."

„Nein, das war es nicht!" brach der Neffe los, u. sein Gesicht begann zu glühen, als spüre er wieder etwas von dem, was ihn gestern aus des Onkels Worten wie Peitschenhiebe getroffen.

„Von Liebe war wenig oder nichts dabei. Aber gerade darum hast du ganz recht, daß es schofel wär', wollt' ich mich nun heute um die kleine Gefälligkeit drücken. Aber laß nur das Scheckbuch ruh'n; für 12 000 Mark kann die Färberei auch noch aufkommen. Und wenn damit auch so ein Kuß zwischen Tür und Angel vielleicht auch ein bißchen teuer bezahlt ist, so ist's doch andersrum vielleicht die schlechteste Kapitalsanlage noch nicht. Das hätt' ich mir gleich sagen müssen. Leb' wohl, Onkel Jobst, und nichts für ungut, daß ich dich inkommodiert habe."

Er war zur Tür hinüber, hatte sie geöffnet, wollte über die Schwelle, als ein „Bleib!" des Onkels ihn zurückrief. Verwundert und fast unmutig wandte er sich nochmals herum und sagte bestimmt: „Wirklich, Onkel, ich bin mit mir vollauf im reinen, und da die Sache zu drängen scheint, möcht' ich jetzt nicht eine Minute länger verlieren."

„Das soll's auch nicht. Aber — ich werd' an deiner Stelle geh'n," sagte Jobst Müllenhof.

„Du, Onkel!" Es war ein Ruf maßlosen Staunens, ja Erschreckens. Und dann ein anderer Gedanke —

„Glaubst du etwa nicht recht daran, meinst, das Ganze wär' so ne Art von Bauernfängerei?"

Verneinend schüttelte der Onkel den Kopf. „Viel hab' ich mit Exzellenzens nicht im Sinn, aber das hab' ich doch aus dem Brief herausgelesen, daß da eine Mutter in blutigen Aengsten ist."

„Und da wolltest du — — du" — stammelte ganz verwirrt der Neffe.

Eine kurze Handbewegung gebot ihm Schweigen. „Gar nichts will ich, als erst mal in der Sache klaren Grund haben, und den, glaub' ich, weiß ich mir besser zu verschaffen als du."

Er griff nach Hut und Ueberzieher, ließ sich die Röhritzsche Wohnung nennen, und die Hand übersehend, die ihm vor der Haustür der Neffe hinhielt, ging er mit kurzem Nicken, ohne ein weiteres Wort zur Haltestelle der Straßenbahn hinüber.

Rudolf Müllenhof wagte ihm nicht zu folgen und sah der Elektrischen nach, in die der Onkel eingestiegen bis der Wagen außer Sicht war. Da erst kam's ihm zum Bewußtsein, daß er ja noch immer, mit dem Hut in der Hand, dastand und langsam, mit nachdenklichem Gesicht, bedeckte er sich wieder.

Hut ab! Jawohl, denn einen heidenmäßigen Respekt hatte er auf einmal vor Onkel Jobst.

*

Endlich!

Endlich der Klingelzug, auf den die Generalin Röhritz gewartet hatte, wie ein Versinkender auf die Hand wartet, die ihn wieder auf festen Boden helfen soll. Von d Sessel, in den sie nach ruheloser Zimmerwanderung schließlich erschöpft hineingesunken war, sprang sie in neuerwachtem Lebensmut jetzt wieder auf, von ihrem Gesicht verschwand der verstörte Ausdruck, und mit dem erfreuten Lächeln, über das sie für ihre liebsten Besucher verfügte, blickte sie erwartend zur Tür hinüber. ⊖

Kleine Nachrichten.

Ausgleichsfonds in Preußen für bedürftige Gemeinden.

Berlin, 30. September. Es liegt ein Gesetzentwurf vor, der die Möglichkeit schaffen soll, denjenigen Gemeinden, die nachweislich aus der Reichssteuerüberweisung wesentlich weniger erhalten, als ihr eigenes Einkommensteueraufkommen im Frieden gewesen ist, einen Zuschuß aus einem Ausgleichsfonds zu geben, wenn diese Gemeinden gleichzeitig sehr hohe Realsteuern zu erheben gezwungen sind. Allerdings knüpft sich die Überweisung der Zuschüsse an die Bedingung, daß die Kommunen dieselben Abbaumaßnahmen durchführen, die Reich und Länder bereits durchgeführt haben.

Der deutschnationale Vertretertag.

Berlin, 30. September. In der Vertretertagung der Deutschnationalen Volkspartei im Reichstage ergriffen zu längeren Ausführungen das Wort Graf Westarp, Dr. Wallraf, Abg. Bruhn und von Freytag-Loringhoven. Namens des am Erscheinen verhinderten Abg. Großadmiral von Tirpitz gab Landrat von Kendell eine Erklärung ab. Bei den bisherigen Besprechungen hat es sich ausschließlich um Zukunftsfragen gehandelt; die Vergangenheit ist bisher nicht berührt worden. Bei all den zahlreichen Rednern kam übereinstimmend das Verlangen nach unbedingter Geschlossenheit der Partei zum Ausdruck.

Um das Washingtoner Arbeitszeitabkommen.

Berlin, 30. September. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns kehrt voraussichtlich Mitte Oktober aus seinem Urlaub, den er in der Schweiz verbringt, nach Berlin zurück. Wahrscheinlich sind bis dahin die Vorarbeiten für die Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens soweit gediehen, daß der Reichstag bald nach seinem Wiederzusammentritt an die Behandlung dieses Problems herangehen kann.

Senatspräsident Dr. Niedner bis zum 5. Oktober beurlaubt.

Leipzig, 30. September. Eine Leipziger Zeitung hat die Meldung verbreitet, daß Senatspräsident Dr. Niedner den Vorsitz des Staatsgerichtshofes noch nicht wieder übernommen habe, obwohl seine Ferienzeit längst beendet sei. Diese Meldung beruht auf einem Irrtum. Senatspräsident Dr. Niedner ist bis zum 5. Oktober einschließlich beurlaubt.

Neues Mitglied der Saarkommission.

Genf, 30. September. Der Völkerbundrat ernannte heute zum Nachfolger des verstorbenen Mitgliedes der Regierungskommission des Saargebietes, Espinosa de Los Monteros, den gegenwärtigen Richter im Obersten Gerichtshof in Saarlouis, Dr. Franz Vezenski (Tschechoslowakei). Er wird das Departement für Unterricht, Kultur und Justiz übernehmen. Die Ernennung von Dr. Vezenski wurde von Benesch persönlich vorgeschlagen und einstimmig vom Rat genehmigt.

Getreideausfuhrverbot in der Türkei.

Rom, 30. September. Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat die Angora-Regierung ein Getreideausfuhrverbot für die gesamte Türkei erlassen.

Die Rüstungen in der Türkei.

Konstantinopel, 30. September. Die Angora-Regierung hat beschlossen, zur Verstärkung ihrer Flotte zwei Torpedoboote und ein Unterseeboot bei einer ausländischen Macht anzukaufen.

Japan erwartet einen neuen Weltkrieg.

Tokio, 30. September. Der soeben von einer Weltreise zurückgekehrte bekannte japanische Universitätsprofessor Sentaro Kageyama erklärte, er habe auf seiner Europareise den Eindruck gewonnen, daß ein neuer Weltkrieg unvermeidlich sei. Die Londoner Konferenz, sagte Kageyama, bringt nur eine vorübergehende Beruhigung im Sturmzentrum Zentraleuropas. Sobald die einzelnen Länder ihren früheren Wohlstand wiedererlangt haben, werden sie die erste günstige Gelegenheit benutzen, um ihre Wünsche durchzusetzen. Die nationalistische Welle, die jetzt in ganz Europa stark fühlbar ist, verstärke die vorhandenen Spannungen.

Ununterbrochene Kämpfe bei Schanghai.

Schanghai, 30. September. Mehrere Brücken über die Eisenbahn Schanghai—Hangtschau—Hingpo sind zerstört worden, um die Bewegungen der Kiangsutruppen zu behindern. Im Norden finden zeitweise unterbrochene Kämpfe statt. Wupeifu und Tschangtsolin manövrierten augenscheinlich noch, bevor sie sich in ein entscheidendes Ringen einlassen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Zum Meineid verführt.** Der eigentliche Angeklagte und Verurteilte war in einem Meineidsprozeß, der vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zu Berlin gegen eine Frau Z. zur Verhandlung gelangte, der Mann, der die Anklage durch eine anonyme Anzeige ins Rollen gebracht hatte. Das Schicksal der Frau Z. erregte allgemeine Teilnahme. Sie hatte in Hamburg, wo sie verheiratet war, den Postinspektor Meyer kennen gelernt, der es verstand, sie so für sich zu gewinnen, daß sie sich mit ihm in nähere Beziehungen einließ, nachdem ihre eigene Ehe geschieden war. Frau Z. erfuhr später, daß M. sich verlobt hatte, und suchte die Braut auf. Hier traf sie auch M., der nun die Stirn hatte, sie zu verleugnen. Er ließ sie durch seine zukünftige Schwiegermutter sogar aus der Wohnung werfen. Um nun das lästige Verhältnis loszuwerden, erstattete er eine anonyme Anzeige, wonach Frau Z. in seinem Ehescheidungsprozeß in Hamburg einen Meineid geleistet habe. Zur Rede gestellt, gestand M. ohne weiteres ein, daß er die Anzeige selbst erstattet habe. Um allem Weiteren aus dem Wege zu gehen, verzichtete er auf Pension und Titel und schied aus seinem Amte aus. In dem Prozeß war die Angeklagte geständig. Der Staatsanwalt war der Meinung, daß der Angeklagten alle Milderungsgründe zugebilligt werden müßten. Er beantragte 6 Monate Gefängnis und Bewährungsfrist. Das Gericht ging noch unter dieses Strafmaß hinunter und erkannte auf 4½ Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist.

§ **Die ausgekochten Billionenscheine.** Am 15. Mai dieses Jahres wurden von der Reichsbankdirektion München einer Papierfabrik Billionenscheine im Werte von 800 000 Billionen Mark zum Einstampfen übergeben. Die Scheine wurden unter Aufsicht von Beamten in einen Kochkessel getan, wo sie durch den Dampf von Farbe und Schmutz gereinigt und dann zu Papierbrei eingestampft werden sollten. Als der Kessel nach einigen Tagen geöffnet wurde, wiesen die Scheine nur kleine Veränderungen auf. Die Arbeiter eigneten sich die Scheine, die noch Geltung hatten, an und machten große Einkäufe in der Stadt. Sie wurden jetzt angeklagt und zu Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu einer Woche verurteilt, ihnen jedoch Bewährungsfrist zuerkannt, da sie durch die leichtfertige Handhabung der Geldvernichtung in Verfuchung geführt worden waren.

Spiel und Sport.

Sp. **Breitensträter-Cook.** Die Verhandlungen mit dem australischen Schwergewichtsmeister Georges Cook sind zum Abschluß gelangt. Der Kampf gegen Breitensträter findet am 10. Oktober in Berlin im Sportpalastring statt und wird diesmal von einem großen internationalen Programm umrahmt.

Börse und Handel.

* **Berliner Börsenbericht vom 30. September.** Da die Schwer- und Großindustrie, wie das Beispiel bei Ludwig Löwe, den Klöcknerwerken und Harpener beweist, bei den Umstellungen auf Goldmark infolge anscheinend genügender Substanzen ohne allzu rigorose Zusammenlegungen auskommen können, die Londoner Verhandlungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht bezügl. der Anleihe einen glatten Verlauf zu nehmen scheinen und endlich der Ultimo ohne die befürchteten Schwierigkeiten und Zahlungseinstellungen anläßlich des Sturzes in der Vorwoche vorübergegangen ist, war die Börse auf der ganzen Linie fest veranlagt. Am Anleihemarkt machte die Erholung der Vorkriegsanleihen, der Kriegsanleihen und verschiedener anderer Papiere zum Teil ansehnliche Fortschritte. Das Geschäft war allgemein etwas größer als seither.

* **Die Berliner Devisenbörse vom 30. September** nennt amtlich: Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 18,66—18,75; holl. Gulden 161,79—162,61; Danz. Frank 74,61—74,99; franz. Frank 21,95—22,05; belg. 20,05—20,15; schweiz. 80,05 bis 80,45; Italien 18,34—18,44.

* **Amtliche Heu- und Strohnotierungen** (Erzeugerpreise, pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Goldmark): drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh (Quadratballen) 1,00—1,20, desgl. Haferstroh 0,90—1,00, desgl. Gerstenstroh 0,90—1,00; Roggenlangstroh und bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh je nach Frachtlage, Häcksel 1,30 bis 1,50, handelsübliches Heu 2,20—2,40, gutes Heu 3,20—3,40, Kleeheu lose 4—4,50.

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	30. 9.	29. 9.
Weiz., märk.	232-240	229-237
mittelb.	—	—
Rogg., märk.	227-234	223-228
pommerscher	—	—
westpreuß.	—	—
Futtergerste	203-215	200-210
Braugerste	225-250	225-250
Hafer, märk.	184-192	183-191
pommerscher	—	—
westpreuß.	—	—
Weizenmehl p. 100 Kil. fr. Bln. br. inkl. Sack (feinst. Mrk. fl. Not.)	32,7-35,7	32,5-35,5

	30. 9.	29. 9.
Weizkl. f. Brl.	14,5-14,7	14,5-14,7
Rogkl. f. Brl.	12,8-13	12,8-13
Raps	345-350	345-350
Leinsaat	440-450	440-450
Viktor.-Erbs.	32-36	32-36
kl. Speiseerbs.	22-26	22-26
Futtererbsen	19-20	19-20
Peluschken	17-19	17-19
Ackerbohnen	20-22	20-22
Wicken	17-18	17-18
Lupin., blaue	14-15	14-15
Lupin., gelbe	16-19	16-19
Serradella	15-18	15-18
Rapskuchen	14,8	14,8
Leinkuchen	25-26	25-26

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Tenor W. Hageböcker :: Bariton M. O. Koch :: Oberbrügger-Doppelquartett
singen Sonntag, den 5. Oktober 5½ Uhr nachm.
im Hotel „Süderland" Oberbrügge
Musik: Hagener Solo-Orchester, Stuhlreihen, Nummerierte Plätze.
Ab 8 Uhr abends: BALL.

Bekanntmachung.

Infolge Ermäßigung der Brennstoffpreise stellen sich die **ermäßigten Strompreise für Kleinabnehmer ab 1. Oktober 1924** wie folgt:

a) für allgemeinen Gebrauch, ohne Verpflichtung oder Beschränkung, bei einer monatlichen Abnahme

bis zu	25	KWSt.	für jede	KWSt.	38	Goldpfennig
über	25	"	"	"	35	"
"	50	"	"	"	33	"
"	75	"	"	"	30	"
"	100	"	"	"	28	"
"	150	"	"	"	26	"
"	200	"	"	"	25	"
"	250	"	"	"	24	"
"	300	"	"	"	23	"

b) Für Abnehmer mit überwiegendem Kraftstromverbrauch, insbesondere alle handwerksmäßigen landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Betriebe, welche schriftlich die Verpflichtung übernehmen, monatlich mindestens 50 KW.St. zu bezahlen, und außerdem die Motore nicht von beginnender Abenddämmerung ab bis 9 Uhr abends laufen zu lassen, bei einer monatlichen Abnahme

über	50	KWStd.	für jede	KWSt.	30	Goldpfennig
"	75	"	"	"	27	"
"	100	"	"	"	25	"
"	150	"	"	"	24	"
"	200	"	"	"	23	"
"	250	"	"	"	22	"
"	300	"	"	"	20	"
"	400	"	"	"	19	"
"	500	"	"	"	18	"

In keiner der Preisabstufungen nach a) und b) wird weniger berechnet als sich unter Zugrundelegung der vorhergehenden Stufe ergeben würde

Hagen i. W., den 1. Oktober 1924.

Kommunales Elektrizitätswerk „Mark"
Aktien-Gesellschaft.

Sparkassen-Zweigstelle Schalksmühle.

Vom 1. Oktober d. J. befindet sich die **Sparkassen-Zweigstelle in dem Lokal der Verwaltungs-Geschäftsstelle in Schalksmühle Bahnhofstr. 5.** Die Dienststunden sind festgesetzt an den Wochentagen von 8—12½ Uhr vormittags.

Halver, den 27. Sept. 1924.

Der Amtmann.

5 billige Tage!
Mittwoch / Donnerstag / Freitag / Samstag / Montag

Um unserer Kundschaft etwas ganz Besonderes zu bieten, haben wir grosse Posten Winterware, nur gute Qualitäten, **ganz enorm billig** in den Verkauf gestellt.

Wir empfehlen, von dieser seltenen Gelegenheit ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Es gelangen zum Verkauf:

Burschen-Mäntel

Damen Flausch- -Tuch- Velour de laine- **Mäntel - Kleider - Kostüme** Blusen Röcke

Mädchen-Mäntel

Herren - Paletots - Anzüge - Hosen - Regenmäntel

Etagengeschäft Münch-Berg Hagen i. W. Elberfelderstraße 12

Verkauf nur I. Etage.

Wir suchen Mädchen, Frauen und jugendliche Arbeiter
für dauernde Beschäftigung.
Kaiser & Spelsberg,
Schalksmühle.

Suche für meinen kleinen Haushalt 2 Personen ein jüngeres
ordtl. Mädchen
welches sich auch im Nähen ausbilden kann.
Frau Wilh. Wiebusch,
Lüdenscheid
Bahnhofstr. 86

Preiswertes Angebot
neuer Damenkonfektion.

Mäntel	in einfarb. u. kariert. Flauschstoffen teils mit Stolakragen 29.- 18.-	13.-
Mäntel	in Velour de laine u. Tuch teils mit Pelzbesatz 42.- 37.-	29.—
Mäntel	in Tuch, Astrachan u. Sammt elegante Ausführung 98.- 55.-	45.—
Jacken-Kleider	in Garbardine, Kammgarn u. Cheviot mit Tressengarnitur 73.- 58.-	27.—
Garnierte Kleider	in reinw. Cheviot u. Popelin 28.- 19.-	12.—
Garnierte Kleider	in Sammt, Gabardine u. Seid. Tricot 52.- 33.-	19.—

Kindermäntel von 5.— an,
Strickwesten von 11.— an,
Seidenjumper von 8.— an.
L. Stern, Meinerzhagen.

Holzverkauf.

Am Montag, den 6. Oktober 1924, nachmittags 1½ Uhr findet der Verkauf von ca. 25 Festmeter Buchen-, Nutz- und Brennholz zum Selbstabtrieb in **Buschererlen** statt Bekanntgabe der Bedingungen im Termin.

Sämtliches Holz, auch früher verkauftes muß bis zum 1. November 1924 abgefahren sein, widrigenfalls dasselbe ohne weiteres in den Besitz der Kirchengemeinde übergeht.

Kierspe, den 30. September 1924.

Dornseif, Kirchmeister.

Waschkörbe
empfiehlt Wilh. Bell jr., Halver.

Man nehme
zur Wäsche nie Seife allein, das Waschen würde zu teuer sein. Man nehme
Henko
als Zusatzmittel — — die Kosten verringern sich um ein Drittel
Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Allgemeiner Schützen-Verein für Kierspe-Bhf. und Umgegend.

Zu der am **Samstag, d. 4. Okt. 1924** abends 8 Uhr im Lokale des Herrn **Ernst Bastian Kierspe-Bhf.** stattfindenden

General-Versammlung.

laden wir hiermit sämtliche Mitglieder und Interessenten freundlichst ein. Wegen der außerordentlich wichtig Tagesordnung, u. a. Festlegung der Statuten, ist es Pflicht eines Jeden zu erscheinen

Der Vorstand.